



# NPD-Mann hätte nicht geworben werden dürfen

### „Trinkaus“-Untersuchungsausschuss legt nach 20 Monaten Abschlussbericht vor

**Der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtags ist am 11. Juli zu seiner letzten Sitzung zusammengekommen. Das Gremium hatte sich über fast 20 Monate mit der „Bespitzelung, Herabwürdigung und Infiltration von Parteien, Fraktionen und Vereinen durch einen als V-Mann geführten führenden Neonazi“ zu befassen.**

Im Dezember 2012 war vom MDR berichtet worden, der frühere Erfurter NPD-Kreisvorsitzende Kai-Uwe Trinkaus habe sich als ehemaliger Spitzel („V-Mann“) des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz geoutet.

Trinkaus war in den Jahren 2006 bis 2008 durch eine Reihe von perfiden Aktionen gegen Abgeordnete, Fraktionen, den Landtag, Gewerkschaften und Vereine bekannt geworden, mit denen er und seine Kumpane immer wieder auch Parlamentarier und Funktionsträger der Linkspartei.PDS und späteren Linken diffamiert hatten. Opfer seiner systematischen Diskreditierungskampagnen waren u.a. Knut Korschewsky, Susanne Hennig und Frank Kuschel gewesen. So hatte er einen Neonazi ins Praktikumsprogramm der Linksfraktion eingeschleust, der aber nach einigen Tagen aufgefliegen war.

Die Landesregierung bestätigte die Zusammenarbeit: Trinkaus habe „im Zeitraum von Mai 2006 bis September 2007 nachrichtendienstlichen Kontakt mit dem Thüringer Verfassungsschutz“ gehabt, bekannte Innenminister Jörg

Geibert (CDU) während einer Aktuellen Stunde im Landtag. Damit war klar, dass ein maßgeblicher und durch besonders aggressives Agieren aufgefallener Funktionär der Neonaziszene in Thüringen zeitweilig in engem Kontakt zum Thüringer Inlandsgeheimdienst gestanden und von diesem Spitzellohn im fünfstelligen Bereich erhalten hatte.

An den „genauen Umständen dieses Kontakts hat die Öffentlichkeit und hat der Thüringer Landtag ein berechtigtes Interesse“, gab Geibert zu. Er orientierte freilich vor allem auf die Befassung in einem geheim tagenden Parlamentsgremium. Nicht so die Fraktion DIE LINKE: auf ihren Antrag beschloss der Landtag am 14. Dezember 2012 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. „Es geht um den verfassungsrechtlichen und verfassungsmäßigen Schutz der parlamentarischen Demokratie“, begründete Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, den Antrag. Für die Linksfraktion beteiligten sich Bodo Ramelow (Obmann) und Dieter Hausold als Mitglieder sowie Katharina König, André Blechschmidt und bis zu ihrer Wahl in den Bundestag Martina Renner als Ersatzmitglieder an der Ausschussarbeit.

Mit insgesamt 25 Sitzungen brachte der Ausschuss Licht ins trübe Agieren des V-Mannes „Ares“. „Die Arbeit im UA 5/2 war durch Kooperation und den gemeinsamen Willen der Ausschussmitglieder aller Fraktionen zur Aufklärung und Transparenz gekennzeichnet“, schätzen die Mitglieder der

Fraktion DIE LINKE ein. Sichtbarstes Zeichen dafür sei gewesen, „dass alle Anträge zur Beweiserhebung gemeinsam und einstimmig gestellt wurden“.

Die Ausschussmitglieder haben sich auch einstimmig auf den Abschlussbericht geeinigt. Aus Sicht der Linksfraktion besonders wichtig: die Betroffenen sind völlig rehabilitiert. Der Bericht geht sehr kritisch mit den Zuständen im Thüringer Verfassungsschutz um. Trinkaus, gegen den vielfach ermittelt wurde, u.a. wegen Betrug, hätte gar nicht angeworben werden dürfen.

Vor ihm gewarnt wurde nur der Bund der Vertriebenen und der Thüringer Landtag, nicht aber Linke, SPD, Gewerkschaften und Vereine. Der V-Mann wurde vom Verfassungsschutz letztlich nicht wegen seiner Eskapaden „abgeschaltet“ (im Geheimdienst-Jargon das Ende der Zusammenarbeit), sondern weil er sich auch dem Bundesamt als Spitzel angeboten hatte, ohne seine Geheimdienstpartner in Thüringen zu informieren. Der Deckname „Ares“ (der Kriegsgott der griechischen Mythologie) für Trinkaus hat sich ohnehin als groteske Übertreibung herausgestellt: er sei keine gute Quelle gewesen, bilanziert der Abschlussbericht, habe zur Aufklärung der tatsächlichen Gefährdungslage nicht beigetragen, sondern Sachverhalte eher verschleiert. Trinkaus habe es zudem bis heute versäumt, sich bei den Opfern seiner Umtriebe für deren öffentliche Herabwürdigung zu entschuldigen.

Stefan Wogawa

## KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

### Aufbrausender, diktatorischer Stubenkater?

*(...) In der Thüringer Staatskanzlei ist ja inzwischen der verantwortliche Minister abhanden gekommen, aber die seltsamen Beschäftigungsverhältnisse sind geblieben.*

*Wie die Thüringer Allgemeine berichtet, wird derzeit ein eigentlich schon pensionierter Beamter dafür eingesetzt, die Tätigkeit von anderen Beamten in Besoldungsgruppen einzusortieren. Der Mann bekommt dafür 2500 Euro im Monat, was ziemlich genau dem durchschnittlichen Brutto-Verdienst eines Thüringers entspricht. Der kleine Unterschied zum Durchschnittsthüringer ist, dass der pensionierte Beamte für die 2500 Euro nur acht Tage im Monat an der Arbeit sein muss.*

*Da funktioniert doch etwas grundsätzlich nicht, wenn ein solches Missverhältnis zwischen der Arbeit normaler Menschen und der Arbeit in der Regierungszentrale besteht. Es kann ja sein, dass es gute Gründe gibt, warum ein pensionierter Beamter weiterhin seiner Tätigkeit nachgeht. Es wird auch Gründe geben, warum der das nur an acht Tagen im Monat macht. Vielleicht gibt es sogar eine Begründung dafür, warum er eine Arbeit macht, die eigentlich an anderer Stelle schon erledigt ist (jedes Ministerium hat eine Personalabteilung für die Tätigkeitsbewertung). Aber warum gibt die Staatskanzlei dafür so viel Geld aus?*

*Es ist Zeit für einen Wechsel. Noch 65 Tage bis zur Wahl.*

*(...) Heike Taubert hat in der Thüringer Allgemeinen also über mich gesagt, ich sei aufbrausend, selbstverliebt und ich würde unsere Landtagsfraktion diktatorisch führen.*

*Beim letzten Mal, als die sozialdemokratische Spitzenkandidatin etwas über mich gesagt hat, war ich noch der „rundliche Stubenkater“. Ich nehm das mal so hin, denn ich kann ja verstehen, dass sie sich auch irgendwie profilieren möchte. Für mich kann ich sagen, dass ich sowohl Frau Taubert als auch Frau Lieberknecht persönlich eigentlich ganz nett finde.*

*Es sind die politischen Inhalte und sicher auch die Herangehensweise an bestimmte Probleme, die uns deutlich trennen.*

*Aus dem online-Tagebuch von Bodo Ramelow (<http://www.bodo-ramelow.de/nc/tagebuch/>), Einträge vom 11. und 12. Juli*

## AKTUELL LINKE: „Deine Stimme gegen Nazis!“

Kürzlich hatte die Linksfraktion mit diesem Foto erneut auf die Thüringer Initiative „Deine Stimme gegen Nazis“ aufmerksam gemacht, denn vor den Landtagswahlen am 14. September gilt jetzt erst recht: jeglichen Versuchen extrem rechter Parteien, wie beispielsweise der NPD, Parlamentssitze zu gewinnen, muss entschieden entgegen getreten werden.

„Der Aufruf zur Initiative ‘Deine Stimme gegen Nazis’ will alle demokratisch denkenden Menschen in Thüringen hinter einer gemeinsamen Idee vereinen, die wahrnehmbar nach außen getragen wird: Die Wahl extrem rechter Parteien ist weder eine politische Alternative noch Protest. Gebt eure Stimme nicht den Neonazis!“ [www.deine-stimme-gegen-nazis.de](http://www.deine-stimme-gegen-nazis.de)





## KURZ UND PRÄGNANT

**„An Ihren Taten werden wir Sie messen!“**

„Ich war erstaunt zu hören, was sich Kultusminister Matschie urplötzlich in Sachen Kulturförderung vornimmt, nachdem er die letzten fünf Jahre damit verbracht hat, nur nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen, und alle Forderungen nach einer besseren Ausgestaltung der Kulturlandschaft Thüringens abwiegelt“, so die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion Dr. Birgit Klaubert mit Blick auf Äußerungen Matschies beim Sondershäuser Kulturforum, wo er einen möglichen Kulturstaatsvertrag mit dem Bund in Betracht gezogen hatte. Damit wolle er diesen mehr in Verantwortung nehmen.

„Im Kulturkonzept der Landesregierung hat Minister Matschie noch vehement abgelehnt, Kultur als Pflichtaufgabe im Rahmen eines Kulturfördergesetzes festzuschreiben. Jetzt, kurz vor der heißen Wahlkampfphase, erklärt er uns plötzlich, dass Kultur nicht immer mit dem ‚übrig gebliebenen Geld‘ finanziert werden dürfe, da es sich um einen harten Standortfaktor handle. Dem kann ich uneingeschränkt zustimmen, aber Minister Matschie vergisst offenbar, dass er die letzten fünf Jahre die Chance gehabt hätte, die Weichen anders zu stellen“, monierte die Kulturexpertin. ■

## In Weimarer Partnerstadt Zamość

Nach Besuchen in Haifa, der israelischen Partnerstadt von Erfurt, und in Belgrad, wo er sich u.a. mit aus Deutschland zurückgekehrten Roma-Flüchtlingen verständigte, war Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag, am Wochenende 12./13. Juli in Zamość, Weimarer Partnerstadt in Polen und Geburtsort von Rosa Luxemburg, wo er an einer Konferenz mit dem Titel „Erinnerungspolitik. Kultur der Erinnerung“ teilnahm.

Für Bodo Ramelow war dabei von Bedeutung, zu erfahren, wie trotz einer trennenden Geschichte kulturelle Brücken entstehen und Gedenkstättenarbeit über Grenzen hinweg entwickelt und auch politisch unterstützt werden kann: „Wir begegnen traurigerweise immer weniger Holocaust-Überlebenden, die wir als Zeitzeugen befragen können. Deshalb muss eine Erinnerungskultur, die auch Widerständigkeit gegen totalitäre Systeme stärken soll, in der Gedenkstättenarbeit immer wieder neu gedacht werden. Zwischen Polen und Thüringen gibt es viele Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte und Initiativen in der Gedenkstättenarbeit und diese brauchen Rückhalt in der Politik.“ ■

# Es gilt: „Thüringen gemeinsam Fairändern!“

**Große Resonanz bei Jahresempfang der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag**

**Zahlreiche Gäste aus Gesellschaft und Politik konnte die Fraktion DIE LINKE am 8. Juli im Landtag in Erfurt bei ihrem Jahresempfang begrüßen. Die Veranstaltung - wenige Wochen vor dem Ende der Legislaturperiode und mit Blick auf die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen am 14. September - war auch auf großes Medieninteresse gestoßen.**

In der Begrüßung rief Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion, dazu auf, „gemeinsam in Thüringen den Fairänderungsprozess“ einzuleiten. Gleichzeitig hatte er sich gegen beginnende Ausuferungen im Wahlkampf gewandt, wo gegen die LINKE unter Überschriften, wie „Recht auf Rausch“ und „Abschaffung des Gymnasiums“, mit dem Schüren von Ängsten sowie Unterstellungen gearbeitet werde.

Als Hauptredner konnte wieder Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, gewonnen werden. Er kritisierte die vielen Ausnahmen beim Mindestlohn und betonte, bei der neuen Mütterrente werde wieder Ostdeutschland benachteiligt. Gleichzeitig warb er für ein Verständnis von Politik als Suche nach vertretbaren Kompromissen. Was in einer Regierung unter Beteiligung der



LINKEN möglich sei, werde in Brandenburg deutlich. Gysi verwies auf den dort durchgesetzten Mindestlohn von 8,50 Euro, auf das landesweite Sozialticket, auf die zusätzlich eingestellten Lehrer und Erzieher und die ebenfalls durchgesetzte Verkleinerung des Klassen- und Gruppenschlüssels. Die Bildungsfrage als Ländersache sei „von enormer Bedeutung“, denn „die Chancengleichheit für Kinder wird über Bildung hergestellt oder gar nicht“.

Als Geschenk bekam Gregor Gysi eine Collage von Fotos vom „Rote Socken Cup 2004“ in Erfurt überreicht, einem Fußballturnier, bei dem er in einer Mannschaft mit Bodo Ramelow gespielt hatte.

**Bildergalerie des Jahresempfangs der Linksfraktion auf Flickr unter <https://www.flickr.com/photos/linksfraktion-thueringen>** ■



Über 350 Gäste drängten sich beim Jahresempfang der Linksfraktion, der wegen des schlechten Wetters zu großen Teilen in die Lobby des Plenarsaals verlegt werden musste, was allerdings der guten Stimmung keinen Abbruch tat. Gleich zur Eröffnung hatten es sich die Vertreter der Bergbrüderschaft Meuselwitz-Rositzer-Braunkohlerevier e. V. (s.Foto unten), die kurz zuvor den zweiten Kommunalen Initiativpreis des Kopporf Thüringen erhalten hatten, nicht nehmen lassen, für die Ehrung ihres Engagements zu danken und Bodo Ramelow alles Gute zu wünschen.





# Bischofferode erneut Thema im Landtag

Aus dem Plenarprotokoll der Debatte zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE

**In der Juni-Plenarsitzung hatte der Thüringer Landtag die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE und die Antwort der Landesregierung zum Thema „20 Jahre Hungerstreik in Bischofferode - Schlussfolgerungen auch noch heute“ beraten. In der Debatte hatte für die Linksfraktion die Abgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright gesprochen. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll ihrer Rede.**

Im Juli 2013 jährte sich der herausragende Kampf der Kumpel von Bischofferode, ihr Hungerstreik für den Erhalt ihres Bergwerks, zum 20. Mal. Viele der Beteiligten sind auch heute noch maßlos enttäuscht. Für Bischofferode, für die Grube, für das Dorf, für die Region ist genau so oder noch schlimmer gekommen, als sie es damals befürchtet hatten.

Viele der damals Beteiligten sind aber auch heute noch maßlos wütend, wie eine ganze Region plattgemacht wurde. Und viele verstehen selbst heute nicht, warum nach der politischen Wende nicht Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb eingeführt wurde. Warum wurde eine ganze Region geopfert, damit durch die Bevorteilung eines großen Konzerns ein Weltkonzern mit Monopolstruktur in Deutschland aufgebaut werden konnte? Warum und wie es dazu kommen konnte, damit beschäftigt sich ja auch die öffentliche Anhörung am 5. Juni zum Kalifusionsvertrag, dessen Kopie plötzlich auftaucht war, obwohl er angeblich hier in Thüringen in keinem Ministerium oder sonstwo abgelegt war.

Trotz dieser Anhörung und der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zu Bischofferode bleiben viele Fragen unbeantwortet. Da können Menschen dann nur spekulieren, ob vielleicht und in welchem Umfang und an wen finanzielle Anreize geflossen sind, um Entscheidungen zu

steuern und damit die Fusion in der Kaliindustrie so zu bewerkstelligen, wie sie dann trotz aller Widerstände und trotz Alternativkonzepten politisch und wirtschaftlich durchgesetzt wurde.

Die Versuche einer Aufarbeitung der Vorgänge in den letzten 20 Jahren haben zum Beispiel immer wieder deutlich gemacht, dass der damalige Bundeskanzler Kohl als Ludwigshafener ein BASF-Junge war, dem vermutlich dieser Konzern und dessen Erfolg über alles gingen. Und natürlich wissen wir alle noch, dass Altbundeskanzler Kohl Spender von Großspenden an seine Partei, die CDU, nie preisgegeben hat. Inwieweit zwischen diesen Fakten Zusammenhänge bestehen oder ob sie möglicherweise gar gängige Praxis nur spotlightmäßig widerspiegeln, bleibt unbeantwortet.

## „Die Schatten der Vergangenheit haben uns längst eingeholt“

(...) Die Antwort auf unsere Große Anfrage findet sich auf der Internetseite des Thüringer Landtags in der Parlamentsdokumentation unter der Druck-sachenummer 5/7331. Die Antwort macht deutlich: Trotz der Brisanz aufgrund des Kali-Fusions-Vertrages ist die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage seitenweise sehr dürftig. Fakt ist - und das bestätigt die Antwort -, dass am Kalistandort Bischofferode 700 Arbeitsplätze weggebrochen sind und im neuen Gewerbegebiet nur 318 geschaffen wurden.

Wohl gab es Einstiege und Hoffnungen, wie zum Beispiel Holzleimproduktion oder die Fertigung von Flügeln für die Windräder, allein diese sind entweder insolvent gegangen oder konnten aufgrund der infrastrukturellen Anbindung des Gewerbegebiets gar nicht umgesetzt werden. Die Anbindung dieses Gewerbegebietes ist eben sehr schlecht, immer noch.

Per Straße muss man sich durch die

Dörfer zwängen, der Bahnanschluss wurde sofort nach der Stilllegung der Kaligrube geschleift. Die nahe A 38 ist eben nicht ausreichend, wenn es dann noch kilometerlang über kleine Landstraßen und durch Dörfer geht. Mittel- bis langfristig soll es zumindest bei Hainrode Umgehungsstraßen geben. Aber was heißt schon mittel- und langfristig, wenn 20 Jahre offenbar für die Landesregierung kurzfristig sind?

Die Landesregierung führt aus, dass sie bemüht war, die negativen Auswirkungen der Schließung der Kaligrube für die Region abzumildern. Zuschüsse wurden ausgereicht, in deren Rahmen auch eine Beteiligung der Bundesregierung zu 50 Prozent erfolgt sein soll. Zudem wurde im Juli 1993 die Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser mbH, also ESK, mit der LEG Thüringen als Mehrheitsgesellschaft gegründet. Deren Aufgabe war es, die strukturelle und infrastrukturelle Entwicklung der betroffenen Region zu fördern. (...)

Auch die erst mal positiv anmutende Zahl, dass durch diese Gesellschaft fast 140 Unternehmen mit 4.000 Arbeitsplätzen in den folgenden 12 Jahren angesiedelt wurden, lässt ja die Situation der Region Bischofferode außer Acht. Und da bleiben eben nur 318 Arbeitsplätze.

(...) Auch wenn heute niemand mehr Verantwortung dafür übernehmen will, was damals passiert ist, auch wenn in der Region scheinbar Ruhe eingekehrt ist und sich die verbliebene Bevölkerung vor Ort wieder erholt hat, kann man diese Vorgänge nicht einfach ad acta legen.

Die Linke wird das nicht tun und viele andere auch nicht. Und das können wir auch deswegen nicht, weil uns ja die Schatten der Vergangenheit längst eingeholt haben durch die immensen Kosten, die auf Thüringen noch zukommen sollen für die Altlastensanierung durch Kali+Salz.

## VON A BIS Z:

### Funktionszulagen

„Die so genannten ‚Funktionszulagen‘ an parlamentarische Funktionsträger aus der Fraktionskasse sind eindeutig eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit des Mandats, die auch die Gleichheit in der Alimentierung der einzelnen Abgeordneten einschließt, sie sind daher strikt abzulehnen“, so André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKE-Fraktion, mit Blick auf den ausstehenden Rechnungshofbericht zu „Sonderzulagen“ aus der Fraktionskasse an Abgeordnete mit Funktionsämtern, wie sie bei der CDU- und FDP-Fraktion vorgenommen werden. Ein ‚Weiter-so‘ verstärke den leider in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Eindruck der „Selbstbedienungsmentalität“ noch mehr und trage letztlich zum Anwachsen der Politik- oder gar Demokratieverdrossenheit bei. Die LINKE-Fraktion hat solche Zusatzzahlungen immer als unnötig und im Vergleich zur Situation der Normalbürger als unangebracht bewertet. Dafür steht auch die Klage der Linksfraktion, damals noch PDS, gemeinsam mit der SPD-Fraktion gegen neue gesetzliche steuerfreie Aufwandsentschädigungen, die 2003 zu dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs geführt hat.“

Der Thüringer Rechnungshof müsse zeitnah seine Sachverhaltsaufarbeitung und seine fachliche Einschätzung öffentlich machen. Notwendig seien die Herstellung von Transparenz und die unverzügliche Einstellung unberechtigter Zahlungen, so der LINKE Abgeordnete abschließend. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Am 16., 17. und 18. Juli kommt der Thüringer Landtag zu seinen letzten planmäßigen Plenarsitzungen in der zu Ende gehenden 5. Wahlperiode zusammen.

Auf der Tagesordnung stehen neben verschiedenen Gesetzentwürfen, die abschließend beraten werden sollen, eine ganze Reihe von Anträgen der Oppositionsfraktionen sowie eine Regierungserklärung der Ministerpräsidentin mit dem Titel „Bilanz 2009 bis 2014 - gemeinsam erfolgreich für Thüringen“. **Aktuelle Informationen zum Plenum unter [www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum](http://www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum).**

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Schule

„Der Wunsch der SPD, die Gemeinschaftsschulen in Thüringen in einem solchen Umfang auszubauen, dass für jedes Kind die Möglichkeit besteht, eine solche Schule besuchen zu können, bedeutet, dass die Gemeinschaftsschule selbstverständlich auf das Abitur vorbereiten und dieses auch anbieten muss. Das ist übrigens bereits jetzt nach dem Schulgesetz möglich“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. Die LINKE-Politikerin forderte den Ausbau der Gemeinschaftsschulen und kritisierte, dass „immer noch viele Eltern gezwungen seien, bereits nach der 3. Klasse zu entscheiden, welchen Abschluss das Kind anstreben soll. Dies wird der individuellen Entwicklung der Kinder nicht gerecht.“ ■

## Brandschutz

„Die im Jahr 2013 gestiegenen Einsatzzahlen für die Feuerwehren in Thüringen zeigen, wieviel Verantwortung auf den Schultern der vielen Feuerwehrfrauen und -männer lastet und wie engagiert dieses nicht immer ungefährliche Ehrenamt von tausenden Menschen wahrgenommen wird. Thüringen steht aber vor der Herausforderung, einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz auch in Zukunft zu sichern. Insbesondere die Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes und der Nachwuchsförderung ist Aufgabe von Landespolitik“, unterstützt MdL Sabine Berninger (LINKE) die vom Feuerwehrverband angemahnte Evaluation der Maßnahmen zur Mitgliederwerbung. ■

## Online-Handel

Sozialministerin Heike Taubert hatte zu einem Runden Tisch Online-Verkaufshandel geladen. Neben Kamern und Gewerkschaft ver.di waren auch Zalando, redcoon und K&N zu Gast. „Aber ein Ergebnis hin zu mehr Guter Arbeit konnte nicht verkündet werden“, so MdL Ina Leukefeld. „Runde Tische schaden sicherlich nicht. Es bleibt jedoch die Frage - was nützen sie den Beschäftigten? Wir müssen in Thüringen vielmehr nach der Landtagswahl auf eine Anpassung der Förderbestimmungen drängen, um begrüßenswerte Investitionen stärker an die Standards Guter Arbeit zu binden und prekäre Arbeitsverhältnisse und prekäre Lebensbedingungen in Thüringen immer weiter zurückzudrängen.“ ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Nicht verwundert

Das Landesamt für Verfassungsschutz soll bei der Beschaffung von technischen Geräten gegen Beschaffungs-Vorgaben verstoßen haben. Dazu der LINKE Innenpolitiker Ralf Kalich: „Das wundert nun wirklich nicht. Wer schon bei der Beschaffung von Informationen keine Scheu kennt und hochgefährliche Neonazis in seinen Dienst stellt, wer sich jeder Kontrolle entzieht und sogar Büros räumt, wenn die Öffentlichkeit von deren Existenz erfährt, der kauft auch Hilfsmittel und Gegenstände unter Umgehung üblicherweise geltender Regelungen. Dennoch ist die Landesregierung gefordert, reinen Tisch zu machen und die Ergebnisse der Revision offenzulegen. Was wurde zu welchem Preis bei wem und wofür gekauft und wie hoch ist gegebenenfalls der für den Freistaat eingetretene Schaden. Im Übrigen bleibt wirklich nur noch, dieses Amt aufzulösen. Warum sollte man einer Institution den Schutz der Verfassung in die Hände legen, die nicht einmal einfachste vergaberechtliche Vorgaben einhalten kann.“ ■

### Schutz gewährleisten

Der Gleichstellungsausschuss beschäftigte sich letztmalig in dieser Legislatur mit dem Thema Zwangsprostitution. „Die von uns schon längst konstatierte Lücke im Hilfesystem wurde seitens der Landesregierung bestätigt“, so MdL Karola Stange: „Um Zwangsprostituierte richtig beraten und schützen zu können, brauchen wir eine Fachberatungsstelle in Thüringen.“ Frauen, die von skrupellosen Kriminellen nach Deutschland gelockt oder verschleppt und in die Prostitution gezwungen werden, brauchen eine hochspezialisierte Beratungsstelle, in der sie und ihre Beraterinnen auch geschützt sind. Das lässt sich in offenen Frauenzentrumsstrukturen nicht bewerkstelligen. „Wenn Polizei und Justiz Informationen zu Menschenhändlerringen haben wollen, brauchen wir außerdem Opferschutzprogramme und Abschiebeschutz für die Betroffenen, da sie sonst nicht aussagen werden, um ihr Leben und das ihrer Familien nicht zu gefährden.“ Der Bericht im Ausschuss habe enttäuscht. Die Landesregierung habe keinerlei Zahlen z.B. über die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes oder die Anzahl der Verurteilungen wegen Zuhälterei oder Menschenhandel vorgelegt. Die Abgeordnete kündigte an, die LINKE bleibe auch in der neuen Legislatur am Thema dran, so sollen die für eine Fachberatungsstelle notwendigen 100.000 Euro in den nächsten Landeshaushalt eingestellt werden. ■

# Pleite-Serie stoppen, endlich Sanieren

**Bodo Ramelow: Die Entwicklung in Gera darf der Landesregierung nicht egal sein**

**Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte am 3. Juli mit Blick auf die Insolvenz der Stadtwerke Gera AG und den drohenden Insolvenzantrag der Geraer Verkehrsbetriebe erklärt: „Es darf der Landesregierung nicht egal sein, wenn sich die Pleite-Dominokette fortsetzt und sich zu einem Flächenbrand unter öffentlichen Einrichtungen ausbreitet!“**

Die Entwicklung in Gera gehe „nicht nur mit einem riesigen Vertrauensschaten für öffentliche Betriebe einher, sondern zeigt auch eine hilflose Landesregierung, die die Stadt im Regen stehen lässt“. Bodo Ramelow forderte die Landesregierung auf, „Schaden von Thüringen und Gera abzuwenden und endlich in dieses traurige Geschehen einzugreifen!“

Die finanziell handlungsunfähige Stadt könne Aufgaben dieser Dimension nicht alleine und ohne Hilfe stemmen. „Die Schuldfragen möge man bitte später klären, zuallererst muss jetzt geholfen werden“, so der LINKE-Politiker. Geras Stadtwerke bräuchten keine

Vielzahl von Rechtsanwälten und Insolvenzverwaltern, sondern einen professionellen Sanierer. Offenkundig verstehe die Stadtverwaltung nichts vom Insolvenzrecht und offenbar waren vor der Kommunalwahl die Trompetensignale, dass die Rettung nahe sei, nichts weiter als Wahlkampfgetöse.

**„Seit einem dreiviertel Jahr sind die massiven Probleme hinlänglich bekannt“**

Was Gera nun gerade nicht gebrauchen könne, sei eine Kakophonie von widersprüchlichen Informationen und Aussagen einzelner Vertreter der Landesregierung, des Stadtoberhauptes, der Stadtverwaltung oder der Geschäftsführungen. Offensichtlich sei aber auch das Management dem Anstehenden nicht gewachsen. „Bevor jetzt der Verkehrsbetrieb in Anschlussinsolvenz geht, müssen sich Oberbürgermeisterin und Geschäftsführer im Klaren sein, dass damit die Kunden über die erworbenen Fahrkarten direkt getroffen sein könnten. Jetzt helfen vage Versprechungen nicht mehr weiter,

konsequente Sanierungsschritte für eine Rettung sind notwendig.“ Bodo Ramelow schlug vor, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Gera Maßnahmen ergreife, die die Haushaltssanierung ermöglichen. Hilfsleistungen an die Stadtwerke, begleitet durch Bürgschaften und Patronatserkklärungen, seien dringend notwendig. Nur durch eine entsprechende Finanzspritze könne die beantragte Insolvenz der Holding rückabgewickelt werden.

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre, die Geraer Wohnungsbaugesellschaft zu 100 Prozent von einem öffentlichen Träger übernehmen zu lassen oder sämtliche Anteile bei der Thüringer Aufbaubank als Pfand zu hinterlegen.

Abschließend hatte der Fraktionsvorsitzende betont: „Was nicht geht, hören wir von der Oberbürgermeisterin, der Landesregierung, der Kommunalaufsicht fortlaufend. Seit einem dreiviertel Jahr sind die massiven Probleme hinlänglich bekannt. Notwendig ist endlich eine Antwort über das, was geht!“ ■

## Auftaktveranstaltung des Umweltausschusses zu länderübergreifendem Hochwasserschutz



*Im Thüringer Landtag in Erfurt hatten sich am 7. Juli Vertreter der Umweltausschüsse der Länder Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zu einer ersten Beratung zu einem gemeinsamen Vorgehen im Hochwasserschutz getroffen. Obwohl der sächsische Ausschuss sowie der Umweltausschuss des Bundestages eine Teilnahme mehrheitlich abgelehnt hatten, waren auch aus diesen Parlamenten Abgeordnete anwesend, unter ihnen der LINKE Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert. Das Treffen war auf Initiative des Thüringer Umweltausschusses erfolgt. „Nachdem die Abgeordneten die Problemlagen und Planungen in ihren Ländern nach dem Jahrhundert-Hochwasser vor einem Jahr umrissen hatten, wurden gemeinsame Beratungsschwerpunkte festgelegt. Ziel soll die Abstimmung der künftigen gesetzlichen Festlegungen zum Hochwasserschutz zwischen den Landesparlamenten sein“, hatte nach der ersten gemeinsamen Sitzung der Vorsitzende des Umweltausschusses im Thüringer Landtag, Tilo Kummer (DIE LINKE) erklärt.*

*Die nächste Sitzung soll am 17. November in Magdeburg stattfinden. Dort soll es u.a. um die Fragen der Entschädigung der Landwirtschaft nach Überschwemmungen, den Austausch von Hochwasserdaten zwischen den Ländern und Möglichkeiten der Elementarschadensversicherung gehen. Zu den Themen wird es auch Gespräche mit Regierungsvertretern und Experten geben.* ■

## CDU/SPD-Blockade im Innenausschuss

CDU und SPD haben in der letzten regulären Sitzung des Innenausschusses vor der Landtagswahl die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs der LINKEN zur Reform des Kommunalrechts mit ihrer Mehrheit blockiert, sodass er nicht mehr im Plenum behandelt werden kann und am Ende der Wahlperiode verfällt. MdL Frank Kuschel sprach von einem „weiteren Beleg für den parlamentsunwürdigen Umgang mit der Opposition durch die Regierungskoalition“. Mit dem Gesetzentwurf wollte die LINKE die Verfahren zu Bürgerbegehren und -entscheiden bürgerfreundlicher gestalten und die Rechte der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreistage stärken. Transparenz und demokratische Steuerung und Kontrolle der kommunalen Unternehmen sollten erhöht werden.

„Mit der Blockade wollen CDU und SPD offensichtlich der öffentlichen Debatte über die Weiterentwicklung des Kommunalrechts in Thüringen aus dem Weg gehen“, vermutete der LINKE-Abgeordnete und kündigte an, dass die Fraktion prüfe, „ob eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt wird. Gerade bei der aktuellen Konstituierung der neuen Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage nach den Kommunalwahlen wird der Reformbedarf im Thüringer Kommunalrecht mehr als offensichtlich. Dies betrifft u.a. die Besetzung der kommunalen Gremien und die Informationsrechte der neu gewählten Mandatsträger.“ ■



## DAS THEMA

# Perspektiven für Gute Arbeit diskutiert

Das offene Fachgespräch für Betriebs- und Personalräte am 9. Juli im Erfurter Haus Dacheröden war eine spannende Veranstaltung mit mehr als 60 Gästen und einem intensiven Austausch im Rahmen mehrerer Podiumsgespräche. Dabei standen Aktionsfelder gegen prekäre Beschäftigung und für einen höheren Organisationsgrad von Belegschaften im Mittelpunkt.

Nach der Begrüßung durch Ralph Lenkert, MdB, stellte zunächst Sandro Witt, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, die politischen Forderungen an eine neugewählte Landesregierung vor. Nur eine höhere Tarifbindung könne innerbetriebliche Demokratie und Mitbestimmung sichern.

Dies müsse eine künftige Landesregierung im alltäglichen Handeln thematisieren und insbesondere bei der Verwendung und Vergabe öffentlicher Mittel festschreiben. Zugleich müssen nach Ansicht des DGB in vielen politischen Feldern die Weichen neu gestellt werden, sei es bei der Bildungsfreistellung, aktiver Arbeitsmarktpolitik, Arbeits- und Gesundheitsschutz oder einem thüringenweiten Azubi-Ticket.

Bodo Ramelow bestätigte aus Sicht der Linksfraktion die DGB-Forderungen. Angesichts der weiter einbrechenden Tarifbindung bei Thüringer Unternehmen, einer Langzeitarbeitslosenquote von inzwischen 37 Prozent und 10.000 Menschen, die trotz Vollzeitar-

beit mit Hartz IV aufstocken müssen, stehe für DIE LINKE in Thüringen fest, dass eine nachhaltige Wirtschaftsförderung für Gute Arbeit unumgänglich ist. Hierfür brauche es ein neues Bündnis zwischen Gewerkschaften und reformorientierter Politik, die sich den Verwerfungen des Arbeitsmarktes insbesondere seit der Agenda 2010 entschlossen entgegenstellt. Ramelow verwies auf zahlreiche Konzepte der



LINKEN, die die Forderungen der Gewerkschaften aktiv aufnehmen. Bereits in dieser Legislatur hat DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt und im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz und Ladenöffnungs-

gesetz an der Seite der Beschäftigten gestanden. Ein thüringenweites Azubi-Ticket ist für Ramelow eine logische Konsequenz für den von der LINKEN geforderten einheitlichen thüringenweiten Verkehrsverbund mit Mobilitätsgarantie. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat DIE LINKE ein erweitertes Konzept für den Öffentlichen Beschäftigungssektor mit 2.500 Stellen in Thüringen erstellt, selbstverständlich diskriminierungsfrei und unter Einbeziehung der Tarifpartner.

Bodo Ramelow betonte, dass die vielen kleinen gewerkschaftlichen Kämpfe das Fundament für Gute Arbeit in Thüringen seien. Der seit 80 Tagen währende Streik bei den Raststätten von AutoGrill zeigt, dass Beschäftigte bereit sind, für ihre Rechte zu streiten. Nun sei es an der Zeit, dass auch eine Landesregierung gebildet wird, die sie in diesem Ringen unterstützt.

Text und Foto: Thomas Völker

## Gegen Leiharbeit

Der stellvertretende DDB-Bezirksvorsitzende Sandro Witt hatte beim Erfurter Fachgespräch „Perspektiven für Gute Arbeit“ (s.a. nebenstehenden Beitrag) auf die Situation im Freistaat Thüringen verwiesen, wo etwa 300.000 Personen einen Stundenlohn unter 8,50 Euro erhalten und der bei der Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt weit abgeschlagen ist. Bodo Ramelow hatte sich resolut gegen Leiharbeit als Regelarbeit und den Zuwachs prekärer Arbeitsverhältnisse gewandt. Für Unternehmen, dessen Ansiedlung mit öffentlichen Geldern unterstützt wird, müssten verbindliche Qualitätsstandards entwickelt werden.

Nur so könnten Niedriglöhne, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit ebenso verhindert werden, wie ständig steigender Leistungsdruck und Überwachung der Beschäftigten. Als Antwort auf Witts Frage nach dem Umgang mit dem Fachkräftemangel plädierte Ramelow für einen „solidarischen Dialog mit anderen EU-Ländern für Zuwanderung“, die aber nicht unter dem Credo eines „Nützlichkeitsrassismus“ stehen dürfe. Dies verbinde sich auch mit dem Kampf gegen alte und neue Nazis. Kai Budler

## Jenaer Konferenz der Linksfraktion: Gute Arbeit schaffen, Teilhabe sichern



Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag sowie der Rosa Luxemburg Stiftung hatten sich in den Jenaer Rosensälen etwa 50 Interessierte zu einer Konferenz getroffen, um über Gute Arbeit und Teilhabe in Thüringen zu diskutieren.

Es wurde ihnen ein hochwertiges Tagungsprogramm geboten mit vier Vorträgen von Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (Humboldt-Universität Berlin), Prof. Dr. Klaus Dörre und Martin Ehrlich (beide Friedrich-Schiller-Universität Jena) und dem geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, Wolfgang Lemb, gefolgt von einer Diskussionsrunde, die unter der Moderation von Julia Langhammer (DGB Gera) die bei-

den Referenten Dörre und Lemb mit der Geschäftsführerin der Landesfrauenrats Thüringen, Madeleine Henfling, und Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, zusammenführte (siehe Foto). Frau

Prof. Nickel verwies darauf, dass Flexibilität und Mobilität offiziell eine zunehmende Selbstbestimmung der oder des Einzelnen durch Erwerbsarbeit heißen, in der Realität lasse sich jedoch nur von einer prekären Feminisierung sprechen.

Viele Frauen hätten aufgrund (unfreiwilliger) Teilzeit und niedriger Löhne nur die Wahl, das Familieneinkommen durch staatliche Leistungen oder das Einkommen eines männlichen Familienmitglieds „aufzustocken“, Alters- und Kinderarmut sind die Folge. Trotzdem sieht Frau Nickel kleine Hoffnungsschimmer: Frauen und zunehmend auch junge Männer stellen Sinnansprüche an Arbeit, die die Einforderung eines „ganzen Lebens“ statt nur Karriere beinhalten. Dies könne mit da-

zu führen, dass sich die Arbeitswelt in Zukunft ändert. Im Anschluss konkretisierte Prof. Klaus Dörre die Situation in Bezug auf Thüringen. Er wies nach, dass unsichere und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse Hauptursache für den Fachkräftemangel sind. Aus seiner Analyse ergaben sich viele Forderungen an die Politik, z.B. nach einer Erhöhung von Löhnen und Gehältern, einer besseren Finanzierung von sozialen Berufen, der Stärkung der Gewerkschaften und einer Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten.

Martin Ehrlich vertiefte unter dem Titel „Viel Dienst. Wenig Verdienst“ die Situation am Beispiel der Thüringer Sozialwirtschaft. Er konstatierte eine Ökonomisierung des Sozialen, deren Ergebnis geringe Aufstiegsmöglichkeiten, hohe Arbeitsbelastungen, ein niedriges Lohnniveau und viele Befristungen sind.

Dies führe zu der paradoxen Situation, dass sich bei höheren Anforderungen und zunehmendem Fachkräftemangel die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen weiter verschlechtert haben. Ein „Weiter so!“ gefährde die soziale Infrastruktur. Gute Arbeit und eine Aufwertung der Berufsfelder in der Sozialwirtschaft seien unverzichtbar.

Wolfgang Lemb ergänzte um die gewerkschaftliche Perspektive und resümierte, dass wir uns von einer Markt-

wirtschaft zu einer Marktgesellschaft bewegt hätten, auf die die Gewerkschaften reagieren mussten. Eine zentrale Erkenntnis sei die stärkere Einbeziehung der Belegschaften und die Erweiterung des Blicks vom Lohnkampf hin zur Humanisierung der Arbeit. Er unterstrich dies u.a. am Beispiel der anstehenden Tarifrunde der IG Metall, in der es neben den Entgelten auch um Alters- und Bildungsteilzeitregelungen gehen wird.

Die anschließende Diskussionsrunde, an der sich das Publikum rege beteiligte, streifte viele Themen. Einigkeit herrschte, dass ein neuer Arbeits- und Produktivitätsbegriff dringend notwendig ist, um endlich die Benachteiligung angeblich unproduktiver sozialer Tätigkeiten aufzuheben. Madeleine Henfling hoffte vor allem auf ein Aufbrechen geschlechtsspezifischer Arbeitsfelder, auch durch das beschriebene neue Arbeitsverständnis.

Ina Leukefeld formulierte den Anspruch, gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Fokus zu rücken und sprach der künftigen Landesregierung große Aufgaben beim sozial-ökologischen Umbau zu. Sie forderte mehr öffentlich geförderte Beschäftigung, auch um Menschen Teilhabe zu ermöglichen, die ansonsten gesellschaftlich ausgeschlossen blieben.

Thomas Völker

# Energiewende braucht Speicherkapazität

**Auch beim Projekt „Pumpspeicherwerk Schmalwasser“ herrsche Chaos in der Thüringer CDU-SPD-Koalition, so Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, mit Verweis darauf, dass inzwischen Wirtschaftsminister Uwe Höhn (SPD) gegen den Widerstand von CDU-Abgeordneten für das Pumpspeicherwerk an der Schmalwasser-Talsperre bei Tambach-Dietharz werbe und sich dabei auf den wirtschaftlichen Nutzen und eine entsprechende Studie der Fachhochschule Jena stütze.**

Erst vor wenigen Wochen hatte Bodo Ramelow die von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht geäußerten Zweifel am Projekt eines Pumpspeicherwerks Schmalwasser kritisiert. Offenkundig habe bei Frau Lieberknecht, die lange als Befürworterin galt, „der Wahlkampf das Heft des Handelns übernommen“. Dabei werde von Regie-

rungsseite „die Gefahr in Kauf genommen, den Standort Thüringen mit blankem Populismus zur politischen Schau-bühne verkommen zu lassen“.

Für Bodo Ramelow ist die Speicherfrage wesentlicher Teil eines Gesamtkonzepts für die Energiewende. Er spricht von einem „Masterplan“, mit Gas als zentraler Brückentechnologie für den Atomausstieg und mit Pumpspeicherwerken, die die notwendige Speicherkapazität ermöglichen. Denn ohne Energiespeicher sei eine Energiewende nicht möglich, betont der Fraktionsvorsitzende. Daher müssen regenerativere Energien speicherfähig gemacht werden. Das Ziel ist ehrgeizig: Thüringen soll bis zum Jahr 2040 zu hundert Prozent erneuerbare Energien nutzen. Doch das nicht zum Selbstzweck. Die Industrie der Zukunft werde, so der LINKE Landespolitiker weiter, „nicht mehr von einem extensiven Ressourcenverbrauch, sondern von intelligenten Lösungen und nachhaltigen

Technologien auf der Basis erneuerbarer Energien bestimmt“. Hier liege „ein Jobmotor riesigen Ausmaßes“. Es geht, so sein Credo, „um nicht weniger als die Verbindung von ökologischer, demokratischer und sozialer Frage“.

Das Umsteuern für eine nachhaltige energetische Zukunft sei aber ohne Zustimmung aus der Bevölkerung natürlich nicht möglich, erläutert Bodo Ramelow. Die LINKE nehme die Diskussionen in der Region ernst und spreche sich für ein konstruktives Miteinander aus. Statt das Projekt gänzlich in Frage zu stellen, spricht sich der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag deshalb für eine bedarfsgerechte Umplanung aus und schlägt für das Pumpspeicherwerk einen geringeren Eingriff weit jenseits des Rennsteigs mit einem kleineren Oberbecken vor.

Damit könne das Schmalwasser-Pumpspeicherwerk auf 110kV-Basis zum Thüringer Energiespeicher für regenerative Energien werden. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Lieberknechts „Thüringenplan“

Von gewohnt schrillen Tönen begleitet hat die CDU Thüringen in Jena ihr Programm zur Landtagswahl beschlossen. Das heißt zwar „Thüringenplan“, trotzdem ließ es sich die Landesvorsitzende und Skandal-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht nicht nehmen, die Linkspartei als „Kommunisten“ und „Ewiggestrige“ zu titulieren.

Denn daran gilt es zu erinnern: Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, war einst FDJ-Sekretär und von 1981 an Mitglied der „Blockpartei“ CDU der DDR, bei einem engen Bündnispartner der SED also mit der besonderen Aufgabe, Christen in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren, außerdem aktiv in der sozialistisch orientierten „Christlichen Friedenskonferenz“.

War er alles nicht? Nein. Aber Lieberknecht war es. Für sie als Pastorin stellte die CDU-Mitgliedschaft mit dem Bekenntnis zur DDR übrigens eine ganz untypische Entscheidung dar. Dass Lieberknecht beim Wahlkampfbüro in Jena noch dazu Mitglieder der Linken beschimpfte, die seien „wie die Affen“ in die Bäume geklettert, um den Bau von Autobahnen zu verhindern, rundet das Bild ab. Politischer Wettbewerb um die besten Ideen geht in dieser CDU nicht, es muss Feindschaft sein. Noch dazu, wenn Machtverlust droht. Das hat vor allem mit der CDU selbst zu tun. Für das, was mit der DDR zusammenhängt, macht sie allein die Linke verantwortlich. Schon 2008 hatte Michael Lühmann dazu in der „Zeit“ geschrieben: „Vielleicht aber glaubt die CDU diese historische Notlüge inzwischen selbst, nachdem man sich seit Jahren innerhalb der Partei gegenseitig die unbefleckte Empfangnis zugesichert hat.“

Was soll man nun zu Lieberknechts Entgleisungen sagen? Vielleicht mit Martin Luther: „Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz.“ ■

## Alternative Hilfe für Nachhaltigkeits-AG und AWO-Seniorengruppe



Einen Scheck der Alternative 54 e.V. überreichte die LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch an die Arbeitsgemeinschaft Nachhaltigkeit e.V. (Foto links). Diese Arbeitsgemeinschaft hatte ein Bildungs- und Kennenlernwochenende für Menschen, die sich für Nachhaltigkeit interessieren, organisiert. Die Projektgruppe besteht aus Mitgliedern bzw. Freunden und Freundinnen, die sich aus der AG Nachhaltigkeit gefunden hatten. Sie spricht aber nicht nur Studierende an. Zielgruppe sind alle Interessierten an diesem Thema.

Auf diesem Event wurde nicht nur diskutiert, sondern auch nach dem Anspruch gelebt. So wurde zum Beispiel zwischen den einzelnen Workshops „vegan“ gekocht und gegessen. Die Möglichkeit, dieses Projekt durchzuführen, erhielten wir von Diestels Sonnengarten in Schmölln (Kahla). Der Sonnengarten funktioniert nach dem Prinzip einer Versorgungsgemeinschaft. Das Besondere daran, Erzeuger und Verbraucher der Lebensmittel lernen sich gegenseitig kennen.

Conny Klier, Wahlkreismitarbeiterin



Die Seniorengruppe der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Lucka hatte zum Sommerfest eingeladen unter dem Motto „Alt und Jung gemeinsam“. Für die Durchführung des Festes hatte die Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Klauert der Vorsitzenden des Ortsverbandes, Annerose Lange, einen Scheck der Alternative 54 e.V. überreicht.

Senioren und Kinder werden hier nicht nur an diesem Tag mit gemeinsamen Aktivitäten zusammengeführt. Neben den wöchentlichen Treffs der „Krabbelgruppe“ mit den Senioren ist das Sommerfest die Gelegenheit, in einem größeren Rahmen gemeinsam zu singen, zu tanzen, zu spielen, zu kochen oder einfach einmal „Danke!“ zu sagen. Mit dabei sind Kindergarten- und Grundschulkinder, die ein kleines Programm einstudiert haben. Die „kleinen Köche“ servieren ihre selbstgebackenen Kuchen und tragen dabei ihre von den Senioren genähten Schürzen und Kochmützen. Und auch die Tanzmädchen vom Fitnessstudio „Body Fit“ tragen mit einer Darbietung zur Unterhaltung bei. Der Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“ gibt seit 1995 die

automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten der LINKEN an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weiter. Insgesamt sind seit Bestehen der Alternative damit Spenden in Höhe von 910.050 Euro an insgesamt 2.469 Leistungsempfänger ausgezahlt worden.

Falko Neubert ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.